

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Infrastruktur und Landesplanung

ZU:

Gesetzentwurf der Landesregierung - Gesetz zur Regelung von Mindestabständen von Windenergieanlagen zu Wohngebäuden im Land Brandenburg (Brandenburgisches Windenergieanlagenabstandsgesetz - BbgWEAAbG) - Drucksache 7/4559 vom 22.11.2021

und

Änderungsantrag der BVB / FREIE WÄHLER Fraktion - Drucksache 7/4710 vom 13.12.2021

Berichterstatter:

Abgeordneter Daniel Münschke (AfD-Fraktion)

Beschlussempfehlung:

Der Landtag möge den Gesetzentwurf in der vom Ausschuss für Infrastruktur und Landesplanung beschlossenen Fassung (Anlage 1) annehmen.

Bericht:**A. Allgemeines**

Der Gesetzentwurf wurde am 16. Dezember 2021 in erster Lesung im Plenum beraten und anschließend ausschließlich an den Ausschuss für Infrastruktur und Landesplanung zur Beratung überwiesen. Ein zuvor gestellter Änderungsantrag der Fraktion BVB/FREIE WÄHLER in Drucksache 7/4710 gilt gemäß § 48 Absatz 2 Satz 1 der Geschäftsordnung des Landtages Brandenburg (GOLT) als mitüberwiesen.

Mit dem Gesetzentwurf soll auf der Grundlage von § 249 Absatz 3 des Baugesetzbuches (BauGB) durch Landesgesetz bestimmt werden, dass § 35 Absatz 1 Nummer 5 BauGB auf Vorhaben, die der Erforschung, Entwicklung oder Nutzung der Windenergie dienen, nur Anwendung findet, wenn diese Vorhaben einen Mindestabstand von 1.000 Metern zu den im Landesgesetz bezeichneten zulässigen baulichen Nutzungen zu Wohnzwecken einhalten. Der Abstand bemisst sich dem Gesetzentwurf nach von der Mitte des Mastfußes der Windenergieanlage bis zur nächstgelegenen im Landesgesetz bezeichneten baulichen Nutzung zu Wohnzwecken. Darüber hinaus enthält der Gesetzentwurf Übergangsvorschriften für die Flächennutzungs- und Regionalpläne, die Flächen für Windenergie nach § 35 Absatz 3 Satz 3 BauGB darstellen sowie für laufende Genehmigungsverfahren. Erklärtes Ziel des Gesetzentwurfes ist es, einen Ausgleich der Belange der Bevölkerung hinsichtlich ausreichender Schutzabstände und den Belangen der Energiewirtschaft im Rahmen des Ausbaus erneuerbarer Energien, hier der Windkraft, zu schaffen, um die Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger beim weiteren Ausbau der Erneuerbaren Energie im Land Brandenburg, insbesondere der Windenergienutzung, zu erhöhen.

B. Beratung

Der Ausschuss für Infrastruktur und Landesplanung hat sich in seiner 24. Sitzung am 13. Januar 2022 erstmals mit dem Gesetzentwurf und dem überwiesenen Änderungsantrag der Fraktion BVB/FREIE WÄHLER befasst und hierzu sodann die Durchführung einer umfassenden Anhörung beschlossen.

Die Anhörung fand in der 25. Sitzung des Ausschusses für Infrastruktur und Landesplanung am 17. Februar 2022 statt. An ihr nahmen folgende Expertinnen und Experten teil und wurden zur Gesetzesmaterie sowie zum überwiesenen Änderungsantrag angehört: Herr Jens Graf (Städte- und Gemeindebund Brandenburg e.V., Anlage 4), Herr Dr. Johannes Wagner (Landkreistag Brandenburg e.V., Anlage 5), Herr Rainer Ebeling (Bundesinitiative VERNUNFTKRAFT e.V.), Herr Andreas Ehrenhofer (Energiekontor AG – Büro Potsdam), Herr Lars Eichert (Haus & Grund Brandenburg e.V.), Herr Jan-Hinrich Glahr (Bundesverband Windenergie (BWE) – Landesverband Berlin/Brandenburg), Frau Dr. Kathrin Goldammer (Reiner Lemoine Institut gGmbH), Herr Frank Hennig, Frau Claudia Henze (Regionale Planungsgemeinschaft Uckermark-Barnim), Herr Lutz Klauber (Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming), Herr Prof. Dr. Werner Roos, Herr Frank Sondershaus (Fachagentur Windenergie an Land e.V.) und Herr Stephan Stallmann (Bürgerinitiative „Keine Windkraft im Emmertal“ e.V.).

Dem Ausschuss lagen zur Anhörung 13 Stellungnahmen vor. Die Stellungnahmen bezogen sich einerseits auf den Gesetzentwurf; führten aber auch Aussagen zu möglichen Gesundheitsbeeinträchtigungen von Windenergieanlagen, z. B. aufgrund von Lärmemissionen, sowie zur energie- und klimapolitischen Notwendigkeit des Ausbaus Erneuerbarer Energien an. Hinsichtlich des Inhalts der Stellungnahmen und des Ergebnisses der Anhörung wird auf das Protokoll der 25. Sitzung des Ausschusses für Infrastruktur und Landesplanung verwiesen.

Mit dem überwiesenen Änderungsantrag der Fraktion BVB/FREIE WÄHLER, Drucksache 7/4710, hatte der Ausschuss in der abschließenden Beratung in der 27. Sitzung des Ausschusses für Infrastruktur und Landesplanung am 12. Mai 2022 über insgesamt drei Änderungsanträge zu entscheiden. Dazu lagen der überwiesene Änderungsantrag der Fraktion BVB/FREIE WÄHLER, Drucksache 7/4710, ein Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen (Anlage 2) und ein Änderungsantrag der AfD-Fraktion (Anlage 3) vor.

Im Rahmen der abschließenden Beratung stellten die Fraktionen ihre Änderungsanträge vor.

Der bereits zur Ersten Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung eingebrachte und überwiesene Änderungsantrag der Fraktion BVB/FREIE WÄHLER zielt darauf ab, über den mit dem Gesetzentwurf beabsichtigen Mindestabstand zu zulässigerweise errichteten Wohngebäuden in Gebieten mit Bebauungsplänen (§ 30 BauGB) oder innerhalb im Zusammenhang bebauter Ortsteile (§ 34 BauGB) hinaus einen Mindestabstand von 1 000 Metern zu zumindest teilweise zu Wohnzwecken nutzbaren Gebäuden einzuhalten. Außerdem soll der Mindestabstand von 1 000 Metern auch für Flächen gelten, auf denen aufgrund bestehender Raumordnungs- oder Bauleitplanung eine Wohnbebauung möglich ist. Die Fraktion BVB/FREIE WÄHLER wies darauf hin, dass der Mindestabstand von 1 000 Metern auch für Splittersiedlungen und Einzelgehöfte gelten müsse, um dauerhafte gesundheitliche Beeinträchtigungen durch Windenergieanlagen, zum Beispiel durch Infraschall, zu vermeiden. Zwar wisse man um den bundesgesetzlichen Rahmen. Allerdings müsse das in Artikel 2 des Grundgesetzes verbriefte Recht auf körperliche Unversehrtheit für alle Menschen und somit auch für Splittersiedlungen und Einzelgehöfte gelten. Hinsichtlich des Änderungsantrages der Koalitionsfraktionen kritisierte die Fraktion BVB/FREIE WÄHLER, dass das Land Brandenburg mit der darin vorgesehenen Ermächtigung der Landesregierung, durch Rechtsverordnung eine unverzügliche Anpassung des Gesetzes zur Umsetzung bundesgesetzlicher Bedarfsvorgaben vorzunehmen, seine Gesetzgebungskompetenz freiwillig aufgebe.

Im Ergebnis sprach sich der Ausschuss mehrheitlich (5 : 10 : 0) dafür aus, dem Landtag zu empfehlen, den Änderungsantrag der Fraktion BVB/FREIE WÄHLER, Drucksache 7/4710, abzulehnen.

Der Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen zielt darauf ab, dem § 1 des Gesetzentwurfs einen Absatz 3 anzufügen und die Landesregierung zu verpflichten, den in Absatz 1 festgelegten Mindestabstand unverzüglich durch Rechtsverordnung anzupassen, wenn und soweit dies zur Umsetzung bundesgesetzlicher Bedarfsvorgaben zu Flächenbeitragswerten für Windenergie an Land erforderlich ist. Die Koalitionsfraktionen führten aus, dass die Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger im Rahmen des Ausbaus der Windenergie und das

Erreichen der Ausbauziele im Einklang stehen müssten. Ein Mindestabstand von 1 000 Metern sei deshalb auch ein geeignetes Instrument, weil Brandenburg als Flächenland über ausreichend Flächenpotenziale verfüge.

Im Ergebnis wurde der Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen bei sieben Gegenstimmen und ohne Stimmenthaltung mehrheitlich (8 : 7 : 0) angenommen.

Der Änderungsantrag der AfD-Fraktion zielt darauf ab, einen Mindestabstand von 1 000 Metern auch für Flächen vorzusehen, auf denen aufgrund bestehender Raumordnungs- und Bauleitplanung eine Bebauung im Sinne des Absatzes 1 möglich ist. Zudem sollen Antragsteller zum Antrag auf Genehmigung und Errichtung von Windkraftanlagen gegenüber den Genehmigungsbehörden die medizinische Unbedenklichkeit nachweisen müssen. Weiterhin soll dem Änderungsantrag nach die Genehmigung und Errichtung von Windenergieanlagen in und auf Waldflächen im Sinne des Waldgesetzes des Landes Brandenburg grundsätzlich sowie in Wasserschutzgebieten, Trinkwasserschutzgebieten, Landschaftsschutzgebieten, Naturschutzgebieten, FFH-Gebieten, den Kernzonen von Biosphärenreservaten, flächenhaften Naturdenkmälern und geschützten Landschaftsbestandteilen und gesetzlich geschützten Biotopen ausgeschlossen werden. Die AfD-Fraktion begrüßte grundsätzlich den Gesetzentwurf der Landesregierung. Allerdings würden die im Gesetzentwurf enthaltenen Ausnahmen und Sonderregelungen lediglich den Schein eines Mindestabstands von 1 000 Metern erwecken. Deshalb habe die AfD-Fraktion einen Änderungsantrag vorgelegt, der einen Mindestabstand von 1 000 Metern für alle gewährleisten solle. Gerade in den ostdeutschen Bundesländern gebe es Gebiete, die ohne Bebauungsplan bebaut worden und von dem Gesetzentwurf nicht umfasst seien. Bedenken bestünden zudem hinsichtlich der Errichtung von Windenergieanlagen im Wald sowie in Naturschutzgebieten vor dem Hintergrund des „Osterpakets“ der Bundesregierung. Im Ergebnis wurde der Änderungsantrag der AfD-Fraktion mehrheitlich ohne Stimmenthaltung (5 : 10 : 0) abgelehnt.

Die Fraktion DIE LINKE zeigte sich über die Schnelligkeit des Gesetzgebungsverfahrens trotz der zu erwartenden bundesgesetzlichen Regelungen überrascht. Ursprünglich habe sich der Ausschuss darauf verständigt, in der 27. Sitzung eine Verständigung über das weitere Verfahren herbeizuführen. Die abschließende Beratung zum Gesetzentwurf der Landesregierung könne aufgrund von Klagen zu Rechtsunsicherheit für die Regionalen Planungsgemeinschaften führen. Eine landesgesetzliche Regelung müsse den Flächenbedarf so festlegen, dass die Ausbauziele tatsächlich erreicht würden. Nach Auffassung der Fraktion DIE LINKE wäre es sinnvoller gewesen, zunächst die bundesgesetzlichen Regelungen abzuwarten, um anschließend den Klimaplan und die Energiestrategie des Landes zu erarbeiten. Man sehe auch derzeit aufgrund einer bislang fehlenden Repowering-Strategie keinen Bedarf für den Gesetzentwurf.

Im Rahmen der Schlussabstimmung stimmte der Ausschuss für Infrastruktur und Landesplanung gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen mehrheitlich ohne Stimmenthaltung (8 : 7 : 0) dafür, dem Landtag die Annahme des Gesetzentwurfes, Drucksache 7/4559, in der vom Ausschuss beschlossenen Fassung (Anlage 1) zu empfehlen.

Anlagen

Anlage 1: Synopse

Anlage 2: Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen vom 11. Mai 2022

Anlage 3: Änderungsantrag der AfD-Fraktion vom 12. Mai 2022

Anlage 4: Stellungnahme des Städte- und Gemeindebundes vom 14. Februar 2022

Anlage 5: Stellungnahme des Landkreistages vom 16. Februar 2022

Entwurf der Landesregierung	Beschlüsse des Ausschusses für Infrastruktur und Landesplanung
Gesetzentwurf für ein	Gesetzentwurf für ein
Gesetz zur Regelung von Mindestabständen von Windenergieanlagen zu Wohngebäuden im Land Brandenburg	Gesetz zur Regelung von Mindestabständen von Windenergieanlagen zu Wohngebäuden im Land Brandenburg
(Brandenburgisches Windenergieanlagenabstandsgesetz– BbgWEAAbG)	(Brandenburgisches Windenergieanlagenabstandsgesetz– BbgWEAAbG)
Vom ...	Vom ...
Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:	Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:
§ 1	§ 1
Mindestabstand für privilegierte Windenergieanlagen	Mindestabstand für privilegierte Windenergieanlagen
(1) § 35 Absatz 1 Nummer 5 des Baugesetzbuchs in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), das zuletzt durch Artikel 9 des Gesetzes vom 10. September 2021 (BGBl. I S. 4147) geändert worden ist, findet auf Vorhaben, die der Erforschung, Entwicklung oder Nutzung der Windenergie dienen, nur Anwendung, wenn diese Vorhaben einen Mindestabstand von 1 000 Metern zu zulässigerweise errichteten Wohngebäuden in Gebieten mit Bebauungsplänen (§ 30 des Baugesetzbuchs) oder innerhalb im Zusammenhang bebauter Ortsteile (§ 34 des Baugesetzbuchs) einhalten. Satz 1 gilt nicht, sofern in den dort genannten Gebieten Wohngebäude nur ausnahmsweise zulässig sind.	(1) u n v e r ä n d e r t
(2) Der Abstand bemisst sich von der Mitte des Mastfußes bis zur nächstgelegenen Gebäudekante der Hauptanlage eines Wohngebäudes im Sinne des Absatzes 1.	(2) u n v e r ä n d e r t

Entwurf der Landesregierung	Beschlüsse des Ausschusses für Infrastruktur und Landesplanung
	<u>(3) Die Landesregierung wird verpflichtet, den in Absatz 1 festgelegten Mindestabstand unverzüglich durch Rechtsverordnung anzupassen, wenn und soweit dies zur Umsetzung bundesgesetzlicher Bedarfsvorgaben zu Flächenbeitragswerten für Windenergie an Land erforderlich ist.</u>
§ 2	§ 2
Übergangsregelungen	u n v e r ä n d e r t
(1) § 1 Absatz 1 gilt nicht innerhalb eines Gebietes für die Erforschung, Entwicklung oder Nutzung der Windenergie, das in einem bis zum Ablauf des sechsten Monats nach Inkrafttreten dieses Gesetzes wirksam gewordenen Flächennutzungsplan mit den Wirkungen des § 35 Absatz 3 Satz 3 des Baugesetzbuchs dargestellt worden ist.	
(2) Innerhalb von in Regionalplänen festgelegten Eignungsgebieten für Vorhaben der Windenergie nach § 35 Absatz 1 Nummer 5 des Baugesetzbuchs gilt § 1 Absatz 1 nicht, wenn die Regionalversammlung die öffentliche Auslegung der in § 9 Absatz 2 des Raumordnungsgesetzes in Verbindung mit § 2 Absatz 3 Satz 1 des Gesetzes zur Regionalplanung und zur Braunkohlen- und Sanierungsplanung genannten Planunterlagen vor dem 30. November 2021 beschlossen hat.	

Entwurf der Landesregierung	Beschlüsse des Ausschusses für Infrastruktur und Landesplanung
<p>(3) § 1 Absatz 1 gilt nicht, soweit vor Inkrafttreten dieses Gesetzes bei der zuständigen Behörde ein vollständiger Antrag auf Genehmigung oder Teilgenehmigung einzelner Anlagen von Vorhaben zur Erforschung, Entwicklung oder Nutzung der Windenergie im Sinne des § 35 Absatz 1 Nummer 5 des Baugesetzbuches eingegangen ist. Dies gilt auch, soweit statt der im Antrag angegebenen Anlage am selben Standort eine andere Anlage mit gleicher oder geringfügig höherer oder niedrigerer Höhe errichtet werden soll. Satz 1 gilt entsprechend für einen Antrag auf Vorbescheid, bei dem der Antragsgegenstand mindestens die Vereinbarkeit der beantragten Standorte mit der Bauleitplanung oder der Regionalplanung ist.</p>	
§ 3	§ 3
Inkrafttreten	u n v e r ä n d e r t
Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.	

Änderungsantrag

der Fraktion der SPD

der Fraktion der CDU

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zum Gesetz zur Regelung von Mindestabständen von Windenergieanlagen zu Wohngebäuden im Land Brandenburg (Brandenburgisches Windenergieanlagenabstandsgesetz – BbgWEAAbG) - Drucksache 7/4559

In § 1 wird folgender Absatz zusätzlich angefügt:

(3) Die Landesregierung wird verpflichtet, den in Absatz 1 festgelegten Mindestabstand unverzüglich durch Rechtsverordnung anzupassen, wenn und soweit dies zur Umsetzung bundesgesetzlicher Bedarfvorgaben zu Flächenbeitragswerten für Windenergie an Land erforderlich ist.

Britta Kornmesser
für die Fraktion der SPD

Nicole Walter-Mundt
für die Fraktion der CDU

Clemens Rostock
für die Fraktion
BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Landtag Brandenburg

Ausschuss für Infrastruktur und Landesplanung

Änderungsantrag

der AfD-Fraktion

zum Gesetz zur Regelung von Mindestabständen von Windenergieanlagen zu Wohngebäuden im Land Brandenburg (Brandenburgisches Windenergieanlagenabstandsgesetz - BbgWEAAbG)

Der Ausschuss für Infrastruktur und Landesplanung möge beschließen:

Der Gesetzentwurf wird geändert.

§ 1 wird wie folgt gefasst:

§ 1

Mindestabstand für privilegierte Windenergieanlagen

- (1) § 35 Absatz 1 Nummer 5 des Baugesetzbuchs in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), das zuletzt durch Artikel 9 des Gesetzes vom 10. September 2021 (BGBl. I S. 4147) geändert worden ist, findet auf Vorhaben, die der Erforschung, Entwicklung oder Nutzung der Windenergie dienen, nur Anwendung, wenn diese Vorhaben einen Abstand von mindestens 1000 Metern zu Gebäuden, die über Aufenthaltsräume verfügen, einhalten. Die Begriffe Gebäude und Aufenthaltsräume finden dabei im Sinne der Brandenburgischen Bauordnung (BbgBO) Anwendung. Zu Flächen, auf denen aufgrund bestehender, oder zum Zeitpunkt der Antragstellung auf Errichtung einer Windenergieanlage in Aufstellung befindlicher Bauleitplanung eine Wohnbebauung möglich ist, oder werden könnte, gilt das Abstandsgebot entsprechend.
- (2) Der Abstand bemisst sich von der Mitte des Mastfußes bis zur nächstgelegenen Gebäudekante eines Gebäudes im Sinne des Absatzes 1. Bei Flächen, auf denen aufgrund bestehender Raumordnungs- oder Bauleitplanung eine Bebauung im Sinne des Absatzes 1 möglich ist, bemisst sich der Abstand bis zur aufgrund der vor Ort geltenden Regelungen genehmigungsfähigen Gebäudekante.

- (3) Absatz 1 gilt für Vorhaben im Bereich von bestehenden Bebauungsplänen gemäß § 30 BauGB und für zum Zeitpunkt der Antragstellung zur Errichtung einer Windenergieanlage in Aufstellung befindliche Bebauungspläne gemäß § 2ff BauGB entsprechend. Gleiches gilt für eigens zur Errichtung von Windenergieanlagen in Aufstellung befindliche Bauleitpläne im Sinne des Baugesetzbuches.
- (4) Der Antragsteller hat zum Antrag auf Genehmigung und Errichtung einer Windenergieanlage gegenüber den Genehmigungsbehörden die medizinische Unbedenklichkeit von gepulstem Infraschall nachzuweisen. Die Nachweispflicht gemäß Satz 1 besteht auch bei der Neuerrichtung von Windenergieanlagen im Austausch bereits bestehender Anlagen.
- (5) Die Genehmigung und die Errichtung von Windenergieanlagen in und auf Waldflächen im Sinne des Waldgesetzes des Landes Brandenburg (LWaldG) ist grundsätzlich ausgeschlossen.
- (6) Die Genehmigung und die Errichtung von Windenergieanlagen in bestehenden und, zum Zeitpunkt der Antragstellung zum Bau einer Windenergieanlage, in Ausweisung befindlichen
 - a. Wasserschutzgebieten
 - b. Trinkwassereinzugsgebieten
 - c. Landschaftsschutzgebieten
 - d. Naturschutzgebieten
 - e. FFH-Gebieten
 - f. Kernzonen von Biosphärenreservaten
 - g. flächenhafte Naturdenkmäler und geschützte Landschaftsbestandteile
 - h. gesetzlich geschützten Biotopen

ist ausgeschlossen.

- (7) Windenergieanlagen sind so zu errichten und zu betreiben, dass es nicht zu einer Gefährdung durch Eiswurf kommt. Abstände zu Verkehrswegen sind unbeschadet der Anforderungen aus anderen Rechtsbereichen wegen der Gefahr des Eisabwurfs (Windenergieanlage in Betrieb) und des Eisfalls (Windenergieanlage im Stillstand) einzuhalten, soweit eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit nicht auszuschließen ist. Soweit die erforderlichen Abstände bei Eiswurfgefahr nicht eingehalten werden, ist eine gutachterliche Stellungnahme eines Sachverständigen zur Funktionssicherheit von Einrichtungen, durch die der

Betrieb der WEA bei Eisansatz sicher ausgeschlossen werden kann oder durch die ein Eisansatz verhindert werden kann, vorzulegen.

- (8) Bei der Errichtung von Windenergieanlagen im Umfeld von Bundesfern-, Landes- und Kreisstraßen sind zunächst die straßenrechtlichen Anbauverbote und Anbaubeschränkungen gemäß § 9 des Bundesfernstraßengesetzes (FStrG) und gem. § 24 des Brandenburgischen Straßengesetzes (BbgStrG) anzuwenden. Die Anbauverbotszone und grundsätzlich auch die Anbaubeschränkungszone sind von der Windenergieanlage einschließlich ihres Rotors freizuhalten. Der Rotor, mit Rotorblattspitze, darf auch bei entsprechender Drehbewegung nicht in die Anbaubeschränkungszone hineinragen.
- (9) Bei der Planung, Genehmigung und Errichtung von Windenergieanlagen im Umfeld von Flugplätzen sind luftverkehrsrechtliche Aspekte nach den Festlegungen des Luftverkehrsgesetzes (LuftVG) anzuwenden. Als Flugplätze für Luftverkehrsfahrzeuge gelten Start- und Landeplätze im Sinne des § 6 Luftverkehrsgesetz. Die zivilen Luftfahrtbehörden sind Ansprechpartner für die Einleitung der notwendigen Überprüfungen. Bei militärischen Flugplätzen liegt die Zuständigkeit bei den Dienststellen der Bundeswehr.
- (10) Die Landesregierung wird verpflichtet, die inhaltlichen Festsetzungen in Absatz 1 ungeachtet zukünftiger bundesgesetzlicher Bedarfsvorgaben mindestens bis zum Ablauf des 31.12.2032 unverändert zu belassen.

Begründung:

Die landesgesetzliche Festlegung eines Mindestabstandes von Windenergieanlagen zu Wohnbebauungen gem. §249 (3) BauGB ist ausdrücklich zu begrüßen.

Aus der Begründung des Gesetzentwurfs geht jedoch sehr klar hervor, dass die Landesregierung einen Zielkonflikt zwischen dem Schutz der Wohnbebauung und der Flächenverfügbarkeit im Land Brandenburg erkennt und daher im Gesetzentwurf eine Vielzahl von Ausnahmeregelungen vorsieht, die am Ende dazu führen können, dass weiterhin Windenergieanlagen in wesentlich geringerem Abstand zu Wohnbebauung neu bzw. wiedererrichtet werden können.

Der vorgelegte Gesetzentwurf ist das Paradebeispiel eines potemkinschen Dorfes und soll allein schon durch die Überschrift den Eindruck erwecken, als handle es sich um

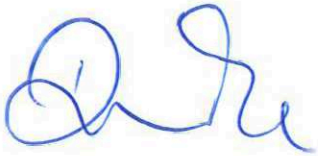
einen Entwurf zur Verbesserung der bisherigen Situation, was aber aufgrund der zahlreich enthaltenen Ausnahmen nicht der Fall ist. Der Änderungsantrag der AfD-Fraktion bezieht daher die durch den Entwurf der Landesregierung ausgenommenen Sachverhalte mit ein, um der Bevölkerung des Landes Brandenburg einen möglichst weitreichenden Schutz insbesondere vor Schallimmissionen von Windindustrieanlagen zu gewährleisten.

Die aktuell angewandten Genehmigungsgrundlagen zur Errichtung von Windenergieanlagen entsprechen teilweise nicht mehr den heutigen Verhältnissen. Windenergieanlagen mit einer Gesamthöhe von mehr als 50 Metern sind Anlagen im Sinne des BImSchG und unterliegen einer immissionsschutzrechtlichen Genehmigungspflicht; Rechtliche Grundlage zur Überprüfung der Schallemissionen ist die „Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm“ (TA-Lärm), in der jeweils konkrete Vorgaben für Geräuschpegel festgelegt sind, die in Wohn-, Misch- oder Gewerbegebieten nicht überschritten werden dürfen. Die Vorgaben zur Ermittlung und Bewertung (tieffrequenter) Geräusche sind in DIN-Normen beschrieben.

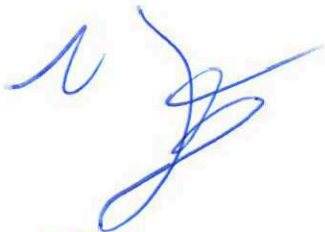
Die Schallimmissionsprognose, die auch maßgeblich für die Genehmigung von Windenergieanlagen ist, ist gemäß Nr. A 2 der TA-Lärm nach der DIN ISO 9613-2, Entwurf Ausgabe September 1997, Abschnitt 6, also anhand einer 25 Jahre alten Norm, durchzuführen. Diese Norm ist bis zu einer Ausbreitungshöhe der Schallimmissionen von maximal 30m definiert. Moderne Anlagen verfügen heute jedoch im Durchschnitt über eine Nabenhöhe von 120m bis 160m und eine Gesamtanlagenhöhe von rd. 200m bis 250m. Auch die Gesamtleistung heutiger Anlagen weicht von der Leistung damaliger Windenergieanlagen erheblich ab. Die Schallimmissionsprognose einer Windenergieanlage basiert heute also auf einer nur noch unzureichend anwendbaren Grundlage. Dies führt dazu, dass die tatsächlich messbaren Lärmimmissionen durch den Betrieb einer Anlage im Umfeld von Wohnbebauung oft deutlich über den im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens per Prognose angesetzten Werten liegen. Daraus können Effekte resultieren, die zu negativen Auswirkungen auf den Menschen führen können.

Aufgrund dieser Unsicherheit, und auch der bislang ebenso noch nicht eindeutig geklärten Auswirkungen von Schallfrequenzen im sogenannten Infraschallbereich, muss

sichergestellt sein, dass eine gesundheitlich negative Auswirkung durch Windkraftanlagen auf den Menschen weitestgehend ausgeschlossen ist. Ausnahmen von einem 1000-Meter-Mindestabstand zwischen Wohnbebauung und Windenergieanlagenstandort darf es demnach zukünftig in Brandenburg weder bei der Neuerrichtung noch bei der Wiedererrichtung einer Anlage im Sinne des „Repowering“ geben.



Drenske



Nothig



Freiherr von Litzow



Münselke



Städte- und Gemeindebund Brandenburg, Stephensonstr. 4, 14482 Potsdam

Landtag Brandenburg
Ausschuss für Infrastruktur und
Landesplanung
Der Vorsitzende
Herrn Daniel Münschke, MdL
Alter Markt 1
14467 Potsdam

Per E-Mail an: ausschussail@landtag-brandenburg.de

Der Geschäftsführer

Stephensonstraße 4
14482 Potsdam
Telefon: 03 31 / 7 43 51-0
Telefax: 03 31 / 7 43 51-33
E-Mail: mail@stgb-brandenburg.de
Internet: <http://www.stgb-brandenburg.de>
Datum: 14. Feb. 2022
Aktenzeichen: 603-01
Auskunft erteilt: Janna Lenke

Anhörung zum Gesetzentwurf der Landesregierung zum Gesetz zur Regelung von Mindestabständen von Windenergieanlagen zu Wohngebäuden im Land Brandenburg (Brandenburgisches Windenergieanlagenabstandsgesetz - BbgWEAAbG), Drucksache 7/4559

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

wir danken Ihnen für die Möglichkeit, zum Gesetzentwurf zur Regelung von Mindestabständen von Windenergieanlagen zu Wohngebäuden im Land Brandenburg (Brandenburgisches Windenergieanlagenabstandsgesetz - BbgWEAAbG), Drucksache 7/4559 sowie zum Änderungsantrag von BVB/FREIE WÄHLER, Drucksache 7/4710 Stellung nehmen zu können.

Vorausschicken möchten wir den einordnenden Hinweis, dass nach Angaben des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Energie (MWAE) zwei Drittel des Stromverbrauchs in Brandenburg rechnerisch mittlerweile aus erneuerbaren Energien gedeckt werden. Mit rund 3.700 Windenergieanlagen, 35.000 Photovoltaikanlagen sowie über 500 Biomasseanlagen kann Brandenburg nach Angaben des MWAE im bundesweiten Vergleich die höchste installierte elektrische Leistung aus erneuerbaren Energien pro Einwohner vorweisen¹. Dies verdeutlicht die vergleichsweise bereits sehr hohe Zahl von Windenergieanlagen im Land Brandenburg, die immer wieder zu erheblichen örtlichen Akzeptanzproblemen geführt hatte. Um dem entgegenzuwirken hatte der Landtag Brandenburg als eine Maßnahme das Windenergieanlagenabgabengesetz - BbgWindAbgG vom 19. Juni 2019 in Kraft gesetzt. Der vorliegende Gesetzentwurf stellt grundsätzlich eine weitere zusätzlich erforderliche Maßnahme zur Akzeptanzverbesserung dar.

A. Gesetzentwurf zur Regelung von Mindestabständen von Windenergieanlagen zu Wohngebäuden im Land Brandenburg

1. Allgemeines

Der vorgelegte Entwurf wird grundsätzlich begrüßt. Er ermöglicht zum einen mehr Planungssicherheit in Bezug auf die Problematik unwirksamer Regionalpläne und zum anderen

¹ <https://mwae.brandenburg.de/de/erneuerbare-energien/bb1.c.478388.de>, aufgerufen am 15. Februar 2022

stärkt er die kommunale Planungshoheit. Zudem kann er durch Ermöglichen örtlicher Bauleitplanung zu einer stärkeren Akzeptanz von Windenergieanlagen in den betroffenen Regionen beitragen. Die Windkraft spielt eine zentrale Rolle bei der Umsetzung der Energiewende. An vielen Standorten treten seit vielen Jahren Akzeptanzprobleme auf. Dies hat erneut die Beteiligung unserer Mitglieder zu dem Referentenentwurf gezeigt. Die Stärkung der gemeindlichen Planungshoheit durch das Gesetz kann einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Akzeptanz leisten. Die Neuregelung wird die Ausbauziele des Landes nicht beeinträchtigen, sondern vielmehr durch den mit einer erforderlichen Bauleitplanung verbundene Dialog- und Abwägungsprozesse nachhaltiger gestalten.

Das Land macht mit dem Gesetzentwurf Gebrauch von einer Änderung des Baugesetzbuchs vom August 2020, die es den Ländern nun ermöglicht, durch Landesgesetz zu bestimmen, dass § 35 Absatz 1 Nr. 5 BauGB auf Vorhaben, die der Erforschung, Entwicklung oder Nutzung der Windenergie dienen, nur Anwendung findet, wenn sie bestimmte Mindestabstände zu den im Landesgesetz bezeichneten zulässigen baulichen Nutzungen zu Wohnzwecken einhalten.

Mit dem Entwurf des Windabstandsgesetzes wird die bisherige Privilegierung von Windenergieanlagen (WEA) im unbeplanten Außenbereich durch die Vorgabe eines einzuhaltenden Mindestabstandes von 1.000 Metern zu Wohngebäuden in Gebieten mit Bebauungsplänen (§ 30 BauGB) und innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile (§ 34 BauGB), sofern dort Wohngebäude nicht nur ausnahmsweise zulässig sind, eingeschränkt. Bisher privilegierte Vorhaben zur Erzeugung von Windenergienutzung werden damit „entprivilegiert“. Unterhalb des 1.000-Meter-Abstandes könnten Gemeinden durch Positivplanung von ihrer gemeindlichen Planungshoheit Gebrauch machen und so durch die kommunale Bauleitplanung auch Windenergieanlagen unter 1.000-Meter-Abstandes ermöglichen. Damit werden einerseits die Beeinträchtigungen im Zusammenhang bebauter Ortsteile reduziert. Denn durch den Mindestabstand werden die Auswirkungen des Schallpegels, des Schattenwurfes und des Infraschalls auf die Bewohner der Ortsteile gleichmäßig verringert. Andererseits ermöglicht die Bauleitplanung den weiteren Ausbau der Windenergie unter örtlich akzeptierten Rahmenbedingungen. Dies dürfte zu einer Haltungsänderung bei Vorhabenträgern gegenüber den Belangen der örtlichen Bevölkerung führen. Bei Anlagen von mehr als 200 m Höhe stellt sich jedoch in vielen Gemeinden die Frage, ob nicht ein größerer Abstand erforderlich wird. Aufgrund des Repowerings mit deutlich leistungsstärkeren Anlagen werden vielerorts bereits größere Abstände für erforderlich gehalten, als von der bundesgesetzlichen Ermächtigung in § 249 Abs. 3 BauGB erfasst sind.

2. Einschränkung der Privilegierung

Aufgrund der in den letzten Jahren zunehmenden Steigerung von Höhe und Leistungsfähigkeit von Windkraftanlagen ist die Festlegung eines Mindestabstandes zur Wohnbebauung zur Steigerung der Akzeptanz ein Schritt in die richtige Richtung.

Der Städte- und Gemeindebund Brandenburg hatte in der Vergangenheit die, die kommunale Planungshoheit stark beeinträchtigende, Privilegierung in § 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB kritisiert und eine Angleichung an die z.B. für Photovoltaik geltenden Vorschriften gefordert. In diesem Zusammenhang hatte er an verschiedenen Stellen die strukturellen Anwendungsprobleme der Herbeiführung der Ausschlusswirkungen des § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB etwa infolge der von der Rechtsprechung geforderten – aber kaum praktikabel umsetzbaren - Abgrenzung zwischen „harten“ und „weichen“ Tabuzonen. Die vorherige Landesregierung hatte 2018 eine entsprechende von hier unterstützte Bundesratsinitiative ergriffen. Diese Forderungen werden im vorliegenden Gesetzentwurf insoweit wieder aufgegriffen, dass jedenfalls innerhalb des Mindestabstandes die

Planungshoheit gestärkt wird. Die Zulassung von Vorhaben setzt insoweit einen umfassenden Abwägungsvorgang und eine positive Entscheidung der Vertretungskörperschaft voraus. Dies ist eine sachgerechte Regelung, mit der ein landesweiter Handlungsrahmen geschaffen wird, der eine Abweichung von der 1000 Meter-Regelung, insoweit die örtliche Sicht auf die Lage dies für sinnvoll hält, zulässt.

3. Sicherheit bezüglich unwirksamer Regionalpläne

Die Begründung zum Gesetz geht darüber hinaus darauf ein, dass für den Fall, dass Regionalpläne sich als unwirksam erweisen sollten, das Gesetz zukünftig auch ohne wirksame kommunale Ausschlussplanungen einen Mindestabstand von 1.000 m zu Wohngebäuden in Gebieten mit Bebauungsplänen und innerhalb im Zusammenhang bebauter Ortsteile sichert. Mit Blick auf die zahlreichen trotz aufsichtlicher Begleitung unwirksamen Regionalpläne stellt dies einen wichtigen Gesichtspunkt dar und trägt dazu bei, dass landesweit Planungssicherheit herbeizuführen.

4. Regelungsbereich weiter fassen

Auch für Wohngebäude im Außenbereich müssen Mindestabstände festgelegt werden. Die bisherige Regelung bezieht sich lediglich auf die §§ 30 und 34 BauGB, die Wohnbebauung im Außenbereich ist bisher nicht erfasst. Auch wenn dies aufgrund der Systematik grundsätzlich nachvollziehbar ist, sollte dieser Aspekt einer Korrektur unterzogen werden. Die kleinteiligen Siedlungsstrukturen im Landesgebiet sollte sich auch im Gesetzesentwurf wiederfinden.

So bestehen beispielsweise zulässige und bereits genehmigte Gebäude im planungsrechtlichen Außenbereich, die über einen gewissen Schutzanspruch verfügen, welcher sich auch im Windabstandsgesetz niederschlagen sollte.

Historisch sind in Brandenburg viele einzelne bewohnte Gemeindeteile vorhanden. Im Außenbereich liegende Gehöfte sind landschaftstypisch und sollten erhalten werden. Insgesamt dürfte es viele Fälle geben, in denen weder ein wirksamer Bebauungsplan vorliegt noch eine Einordnung als Bebauung innerhalb im Zusammenhang bebauter Ortsteile möglich ist. Verwiesen werden soll exemplarisch auf die Loose Gehöfte im Oderbruch. Auch für diese muss die Möglichkeit bestehen, einen entsprechenden Schutz im Rahmen der Mindestabstandsregelung zu erhalten. Unter Umständen wäre dabei ein reduzierter Mindestabstand von 500 m oder 600 m denkbar.

Viele dieser Bebauungen oder einzelnen Gehöfte liegen im Geltungsbereich einer Außenbereichssatzung. Eine Ergänzung des Gesetzesentwurfes um Bebauung im Geltungsbereich von Außenbereichssatzungen ist somit dringend erforderlich. Zwar führen Sie bereits in der Begründung zum Gesetzesentwurf aus, dass zulässigerweise errichtete Wohnbebauung im Außenbereich nicht grundsätzlich schutzlos gegenüber Windenergienutzung ist, da auch im Falle einer Nichteinbeziehung der Wohnbebauung im Außenbereich im Rahmen des Windabstandsgesetzes eine Prüfung im Rahmen des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens erfolgt. Bei Bebauung im Geltungsbereich von Außenbereichssatzungen handelt es sich jedoch um einen von §

35 Abs. 6 BauGB vorgesehen Fall, der schutzwürdig ist, sich im Rahmen der zulässigen Nutzung des § 249 Abs. 3 BauGB bewegt und sich deshalb auch im Windabstandsgesetz wiederfinden muss.

In § 1 Abs. 1 Satz 1 BbgWEAAbG sollte deshalb ergänzt werden:

„(...) oder zu Bebauung im Geltungsbereich von Außenbereichssatzungen (§ 35 Abs. 6 des Baugesetzbuches) einhalten.“

B. Änderungsantrag von BVB/FREIE WÄHLER

Wie bereits unter A. 4. ausgeführt, sollte der vorgelegten Gesetzentwurf weiter gefasst werden. Dies insbesondere in Bezug auf Außenbereichssatzungen. Die in der Begründung des Änderungsantrages von BVB/FREIE WÄHLER ausgeführten Gedanken zum Schutz von Einzelgehöften und Splittersiedlung werden insoweit geteilt.

Auch werden Abgrenzungsprobleme bei Ortsabrundungssatzungen bzw. Innenbereichssatzungen für die Festlegung der Mindestabstände gesehen. Wenn nur die Gebäudekante der Hauptanlage des Wohngebäudes als Maßstab genommen wird, werden dem Innenbereich zugeordnete, aber noch nicht bebaute Flächen möglicherweise im Ergebnis einen geringeren Abstand als 1000 m zur WEA aufweisen.

Auch zur Berücksichtigung von Flächen nach denen grundsätzlich eine Wohnbebauung möglich ist, weisen wir darauf hin, dass sich die bundesgesetzliche Regelung und Ermächtigung des § 249 Abs. 3 BauGB mit der Formulierung „zulässige bauliche Nutzung“ nicht ausdrücklich auf ausgenutztes Planungsrecht begrenzen muss, sondern davon durchaus auch vorhandenes Planungsrecht erfasst sein kann.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'J. Graf', with a stylized, flowing script.

Graf

Landkreistag Brandenburg

- Per E-Mail -

Landkreistag Brandenburg
Postfach 60 10 35, 14410 Potsdam

Landtag Brandenburg
Ausschuss für Infrastruktur
und Landesplanung
Herrn Vorsitzenden
Daniel Münschke, MdL
Alter Markt 1

14467 Potsdam

Hausanschrift:

Jägerallee 25
14469 Potsdam

Postanschrift:

Postfach 60 10 35
14410 Potsdam

E-Mail:

poststelle@landkreistag-brandenburg.de

Telefon: 03 31/2 98 74 – 0

Telefax: 03 31/2 98 74 – 50

Durchwahl:

03 31/2 98 74 – 23

Datum: 2022-02-16

Az.: 63 11-20/Wa/str
(bei Antwort bitte angeben)

texte/landtag/allgemein/2022/lt202204.doc

Ihre Schreiben vom

Ihr Zeichen

Anhörung zum Gesetz zur Regelung von Mindestabständen von Windenergieanlagen zu Wohngebäuden im Land Brandenburg, LT-Drs. 7/4559

hier: Stellungnahme des Landkreistages Brandenburg

Sehr geehrter Herr Münschke,

zunächst dürfen wir uns recht herzlich dafür bedanken, zu dem Entwurf eines Gesetzes zur Regelung von Mindestabständen von Windenergieanlagen zu Wohngebäuden im Land Brandenburg (Brandenburgisches Windenergieanlagenabstandsgesetz – BbgWEAAbG) eine Stellungnahme abgeben zu dürfen. Gerne geben wir Ihnen hierzu folgende Hinweise:

1) Abstand zu Wohngebäuden – Fragen zum Bereich von ca. 500 m bis 1.000 m

Das Gesetz soll für Brandenburg die bundesgesetzliche Ermächtigung des § 249 Abs. 3 BauGB ausfüllen. Danach kann durch Landesgesetz ein Mindestabstand von Windkraftanlagen zur Wohnbebauung vorgesehen werden. Dieser Mindestabstand darf höchstens 1.000 m betragen. Nach der bundesrechtlichen Vorgabe kann folglich durch ein Land kein Mindestabstand vorgesehen werden, der 1.000 m überschreitet.

Somit ist zunächst festzustellen, dass mit dem Landesgesetz der maximal mögliche Mindestabstand zu Wohngebäuden in Gebieten mit Bebauungsplänen (§ 30 BauGB) oder innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile (§ 34 BauGB) gewählt werden soll.

Ungeregelt bleibt nach dem Gesetzentwurf – wie auch nach dem Änderungsantrag – allerdings der Bereich unterhalb von 1.000 m. Es soll stattdessen den Gemeinden in Ausübung ihrer kommunalen Planungshoheit überlassen werden, ob und inwiefern Windkraftanlagen in diesem Bereich zugelassen werden oder nicht. In Rede stehen dürfte dabei tatsächlich der Bereich zwischen ca. 500 m bis 1.000 m, da unterhalb eines Abstands von ca. 500 m aufgrund immissionsschutzrechtlicher Vorschriften die Errichtung von Windkraftanlagen ohnehin ausscheidet.

Bislang sind die Regionalen Planungsgemeinschaften für diesen Bereich verantwortungsvoll mit den abzuwägenden Interessen umgegangen und haben auf hinreichende Abstände zur Wohnbebauung geachtet. Dabei wurde in der jüngeren Vergangenheit ein Abstand von 1.000 m zur Wohnbebauung nicht nennenswert unterschritten. Kommt es zu einem Gesetz, müsste dieser Abstand auch zwingend in der rechtlichen Regelung aufgegriffen werden. Einen Spielraum zur Unterschreitung der 1.000 m-Grenze darf es nicht geben.

Mit einer solchen absoluten Regelung würde auch keine Unsicherheit darüber bestehen, ob der betreffende Bereich von ca. 500 m bis 1 000 m als harte oder weiche Tabuzone zu verstehen ist. Es würde eindeutig als hartes Tabu anzusehen sein.

2) Abstand zu Einzelgehöften und Splittersiedlungen

Im Hinblick auf den Abstand von Windkraftanlagen zu Gebäuden im Außenbereich, d.h. Einzelgehöfte und Splittersiedlungen, wurde durch die Regionalplanung bislang ebenfalls maßvoll gehandelt. Auch hier sind bei den Festlegungen der jüngeren Vergangenheit vielfach keine Unterschreitungen eines 1.000 m-Abstands zu Splittersiedlungen mehr vorgenommen worden.

Auch dies müsste in einem zukünftigen Gesetz aufgegriffen und auf einen 1.000 m-Abstand abgestellt werden.

Nach dem Änderungsantrag der Fraktion BVB/FREIE WÄHLER wird zur Erfassung jeglicher Einzelgehöfte in § 1 Abs. 1 Satz 1 auf alle "zumindest teilweise zu Wohnzwecken nutzbare Gebäude" abgestellt. Welche Art von Gebäuden gemeint sind, bleibt dabei aber unklar.

3) Abstand zum bebaubaren Bereich

Nach dem Gesetzentwurf der Landesregierung soll der gesetzliche Mindestabstand von 1.000 m nur für bereits bestehende Gebäude gelten. Nach dem Änderungsantrag der Fraktion BVB/FREIE WÄHLER soll der Mindestabstand hingegen auch zu Flächen gelten, "auf denen aufgrund bestehender Raumordnungs- oder Bauleitplanung eine Wohnbebauung möglich ist."

Die Fokussierung lediglich auf bereits bestehende Gebäude halten wir für zu kurz gegriffen. Es ist davon auszugehen, dass die Herausnahme von ausgewiesenen Baugrundstücken vom Abstandsgebot auf Akzeptanzprobleme stoßen wird. Tatsächlich sind unbebaute Baulandflächen in Ortsrandlagen gerade in strukturschwächeren Räumen von wesentlicher Bedeutung, um den Zuzug von Familien zu erreichen. Es besteht die Gefahr, dass diese Flächenressourcen durch den Regierungsentwurf entwertet werden.

Ein gesetzlicher Mindestabstand von 1.000 m hat sich deshalb auf den bebauten, aber auch den bebaubaren Bereich zu beziehen. Auch hierzu ist uns berichtet worden, dass auf Ebene der Regionalplanung durchaus schon so verfahren worden ist. Die Festlegungen in Raumordnungsplänen und Flächennutzungsplänen sind dabei jedoch kein geeignetes Beurteilungskriterium, da sie nicht flächentreu sind.

4) Flächenkonkurrenz

Über die vorgesehenen Regelungen hinweg, erlauben wir uns anzumerken, dass die Flächenkonkurrenz insbesondere von Landwirtschaft, Wald, Naturschutz, Wohnen und erneuerbaren Energien eine große Herausforderung darstellt. Eine weitere Ausweitung der Flächen für Windkraftanlagen - wie auch Photovoltaik-Anlagen - darf es nur unter Beachtung der Betroffenheit der Bevölkerung geben. Eine weitaus größere Bedeutung ist vor diesem Hintergrund der Nutzung von bereits versiegelten Flächen beizumessen. Die Bemühungen, insbesondere Dachflächen zur Errichtung von PV-Anlagen zu nutzen, müssen deutlich verstärkt werden. Hier gilt es, innovative Ansätze zu entwickeln.

Mit freundlichen Grüßen

im Auftrag

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Dr. Wagner', written in a cursive style.

Dr. Wagner